

Regenwald Report

C 3661 · Nr. 3/02



**Steuergelder für
Regenwaldvernichter**

Es ist alles gesagt ...

Liebe Freundinnen und Freunde des Regenwaldes

In Lago Agrio im ecuadorianischen Amazonasgebiet stinkt es zum Himmel. Auf den Straßen verteilen sich die Ölabfälle. Die Felder der Bauern sind verseucht, ihr Trinkwasser ist vergiftet. Die Bewohner von Lago Agrio wissen, was Ölförderung in ihrer Heimat für sie bedeutet, sie erleben es seit 30 Jahren: Umweltzerstörung, Armut, Krankheit. Deswegen besetzen die Menschen dort immer wieder die Baustelle für eine neue Pipeline, die *WestLB-Pipeline*.

Die Lage ist ernst aber nicht hoffnungslos. Die Täter sitzen bei uns, sie haben einen Namen und sie haben eine Adresse. Und die Leute, die die Täter kontrollieren sollen, sitzen auch bei uns. Auch sie haben einen Namen. Nehmen wir Professor Gerd Bollermann, NRW-Abgeordneter der SPD aus Dortmund und die grüne Edith Müller, Vizepräsidentin des Landtags.

Wir haben die beiden ganz zufällig herausgegriffen. Er und sie werden fragen: Wieso gerade ich? Ja, wieso nicht? Alle sind ihrem Gewissen verantwortlich. Sie haben keine Ahnung, was in Ecuador passiert, Herr Bollermann und Frau Müller? Fragen Sie Ihre Kollegen, die Abgeordneten Bernhard von Grünberg und Ute Koczy. Die beiden waren vor Ort. Die haben mit eigenen Augen gesehen, wie ein ölverseuchtes Land aussieht. Warum hacken wir so auf der SPD und den Grünen herum? Sie sind an der Regierung, das bringt viele Vorteile, aber auch Verantwortung. Die Mehrheit der Koalition in NRW beträgt zwei Stimmen, genug etwas zu verändern.

Rettet den Regenwald hat in der Vergangenheit viele erfolgreiche Kampagnen durchgeführt. Wir haben Menschen in unserem Land aktiviert, die noch ein Gewissen haben und die den politisch Verantwortlichen mächtig Druck gemacht haben. Besuchen wir sie auf ihren homepages und in ihren Walkreisbüros. Es ist alles gesagt, jetzt ist Zeit zu handeln.

Es gibt eben nichts Gutes, außer man tut es. Was Sie, liebe Regenwaldfreunde und -freundinnen noch tun können? Helfen Sie uns, in Ecuador ein Sperrgrundstück gegen die *WestLB-Pipeline* zu kaufen, das wir den regionalen Umweltgruppen übertragen. Seitdem der letzte REGENWALD REPORT erschienen ist, haben wir 765 Spenden in Höhe von 51.123 Euro für das Sperrgrundstück erhalten, davon acht Spenden über mehr als jeweils 1.000 Euro. Ein herzliches Dankeschön an alle Spenderinnen und Spender. Wir benötigen insgesamt knapp 130.000 Euro, sind also auf dem besten Weg. Kaufen Sie den Regenwald, solange es ihn noch gibt! Zusätzlich zu Geldspenden helfen uns aktive Menschen.

Machen Sie mit. Verteilen Sie den REGENWALD REPORT, fragen Sie ihren Arzt oder Friseur, ob er unsere Zeitschrift auslegen möchte. Wir schicken ihm dann ausreichend Exemplare. Erfreuen Sie einen alten Freund mit einem Geschenkabonnement für den REGENWALD REPORT (10 Euro). Einzelexemplare verschicken wir auch gerne kostenlos, wenn Sie uns Adressen von Freunden mitteilen.

Machen Sie einen Infostand vor Ihrer Sparkasse und den Büros Ihrer Abgeordneten. Oder gründen Sie Aktionsgruppen, es ist Wahlkampf. Da wollen die Politiker mal was vom Volk. Und wir wollen was von Ihnen. Wir möchten in jedem Wahlkreis eine Aktionsgruppe gründen, die Politiker zur Rede stellt. Kontakte zwischen Aktivisten können jetzt auch über unsere homepage vermittelt werden (www.regenwald.org). Wenn Sie keinen Internetanschluss haben, tragen wir Ihre Nachricht gerne für Sie ein. Wie schon erwähnt: Es ist alles gesagt, jetzt ist Zeit zu handeln.

Reinhard Behrend

Herzlichst

Ihr Reinhard Behrend

Vorsitzender *Rettet den Regenwald e.V.*

Sagen Sie den Politikern was Sie von der WestLB-Pipeline halten

Die Kontakte zu den Abgeordneten findet man unter <http://www.landtag.nrw.de/WWW/index2.htm?seite=2>

oder erfragen bei

An den/die Abgeordnete des
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
E-Mail: email@landtag.nrw.de

Bündnis 90 / Die Grünen im Landtag NRW
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Telefon 02 11 - 884 - 28 87, Fax. 02 11 - 884 - 2890
Email: gruene@landtag.nrw.de

Pressestelle der FDP-Fraktion
im Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Telefon: 02 11 - 884 - 23 12
fdp-pressestelle@landtag.nrw.de

CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1, 40002 Düsseldorf
Telefon 02 11 - 884 27 67

SPD Fraktion, Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags, 40221 Düsseldorf
Telefon 02 11 - 884 22 28, Fax 02 11 - 884 28 53
spd-fraktion@landtag.nrw.de

Ölförderung I

US-Konzern steigt aus

Der US-amerikanische Ölkonzern *Occidental Petroleum* (OXY) steigt aus einem umstrittenen Ölprojekt in Kolumbien aus, das den traditionellen Lebensraum des indigenen Volkes der U'wa bedroht hätte. Die Ureinwohner hatten fast zehn Jahre lang mit einer friedlichen Kampagne gegen das Ölprojekt protestiert und weltweit Aufsehen erregt. OXY gab seinen Rückzug jetzt auf der Hauptaktionärsversammlung bekannt.

„Auf diese Nachricht haben wir lange gewartet. Sira, der Gott der U'wa, hat uns hier in Kolumbien und unsere Freunde auf der ganzen Welt begleitet“, sagte der U'wa-Sprecher Ebaristo Tegria.

Ölförderung II

Costa Rica bleibt grün

Der neu gewählte Präsident von Costa Rica, Dr. Abel Pacheco de la Espriella, hat in einer historischen Rede erklärt, sein Land werde ab sofort keine Ölförderung und keine Ausbeutung von Bodenschätzen im Tagebau mehr zulassen. „Wir werden uns behaupten, ohne unsere Natur zu zerstören. Unser Artenreichtum wird immer einen großen Wert darstellen, und den werden wir schützen“, sagte der Präsident. „Bevor wir eine Öl-Enklave werden, bevor wir ein Land voller Bergbauschäden werden, werde ich Costa Rica mit nachhaltigen Schritten in eine ökologische Macht verwandeln. Das wirkliche Öl und das wirkliche Gold der Zukunft sind Wasser und saubere Luft. Bevor wir Frieden mit uns und allen Nationen schließen, sollten wir Frieden mit der Natur schließen.“

Vogelwelt

Und er lebt doch noch

Ein bereits als ausgestorben vermuteter Vogel, der Goldkronen-Manakin, ist in Brasilien wieder entdeckt worden. Die kleine Vogelart war erstmals 1957 von dem deutsch-

stämmigen Ornithologen Helmut Sick im Bundesstaat Para im südlichen Amazonas nachgewiesen worden. Bereits zwei Jahre später galt die Art offiziell als ausgerottet.

Ornithologen hoffen jetzt wieder darauf, dass sie möglicherweise noch mehr Arten wieder entdecken, die seit Jahrzehnten als ausgestorben gelten.

Gleichzeitig warnen sie aber, dass die Zerstörung der Regenwälder weiter zum Verschwinden bedrohter Vogelarten führen kann.

Diamanten

Blutige Ware bekämpft

Die größten Diamantenproduzenten und -konsumenten haben eine Vereinbarung getroffen, mit der der Handel so genannter „Blutdiamanten“ unterbunden werden soll, mit denen Kriege in Afrika finanziert werden.

Erlöse aus dem Verkauf von Blutdiamanten, die aus Sierra Leone, Guinea, Liberia und Kongo stammen, haben in den vergangenen Jahren Bürgerkriege in Afrika angeheizt, denen nach offiziellen Angaben mindestens 500.000 Menschen zum Opfer gefallen sind.

Die Diamantensuche in den Bürgerkriegsgebieten hatte auch zur Zerstörung von Regenwäldern und zur verstärkten Jagd auf geschützte Wildtiere geführt.

Schuldenerlass

Peru zahlt für Naturschutz

Die USA haben Peru einen Teil der Schulden erlassen, im Gegenzug verpflichtet sich das Andenland, Wildlife-Reservate und andere geschützte Waldgebiete unter einen effektiveren Schutz zu stellen.

Über einen Zeitraum von 16 Jahren spart Peru damit mehr als 14 Millionen US-Dollar und setzt den Gegenwert in seiner Landeswährung für den Naturschutz ein.

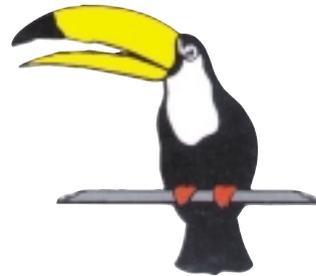
Nach Bangladesch, Belize, El Salvador und Thailand ist Peru das fünfte Land, welches eine „Schulden-gegen-Naturschutz-Vereinbarung“ erzielen konnte. Peru beheimatet 84

von insgesamt 103 so genannter „Lebenszonen“, die weltweit entdeckt wurden und zählt zu den artenreichsten Ländern auf der Erde.

Waldaktivisten

Suchen und finden

Unter www.regenwald.org bietet *Rettet den Regenwald* jetzt ein neues Forum für Kontakte für UmweltfreundInnen. Wer will, kann den Anschluss an Regenwald-Gruppen suchen, seine Mitarbeit anbieten oder Informationen austauschen.



Rettet den Regenwald e.V.

Rainforest Rescue
Friedhofsweg 28
22337 Hamburg
Tel. 040 - 410 38 04
Fax 040 - 450 01 44
info@regenwald.ORG
Internet:www.regenwald.ORG

Spendenkonto:

Sparda-Bank Hamburg
Kontonummer 600 463
BLZ 206 905 00

Impressum:

Herausgeber Reinhard Behrend
(v.i.S.d.P.); Redaktion und
Fotos: Werner Paczian
(Leitung), Dipl.-Holzwirt Klaus
Schenck, Karl Ammann, Archiv.

Druck: SKN Druck, Norden

**Bitte werfen Sie
diese Zeitung nicht
weg, sondern
in den Briefkasten
Ihres Nachbarn**



In den Regenwald Afrikas plant: Straßen für den Holzhandel

Dr. Hinrich Stoll



Steuergelder für Regenwaldvernichter

Umweltaktivist Karl Amman spricht von „Skandal“
und legt sich mit grüner Staatssekretärin an

Hat sich Dr. Hinrich Stoll, einer der umstrittensten deutschen Tropenholzhändler, vom Regenwaldzerstörer zum Naturschützer gewandelt? Ein bisschen schon, sagt sinngemäß das *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammen-*

arbeit (BMZ). Kann einer wie Stoll im Regenwald nachhaltig einschlagen, dessen weltweit agierender Holzkonzern wiederholt für negative Schlagzeilen gesorgt hat? Ja, sagt das BMZ, „wenn dies so umweltschonend und sozialverträglich wie

möglich erfolgt.“ Und hat keine Skrupel, dem Tropenholzhändler vom alten Schlage mit Steuergeldern unter die Arme zu greifen. Der hatte der kommerziellen Regenwaldnutzung einst gar wundersame Kräfte zugeschrieben: „Es steht außer Zwei-



fel, dass der unproduktive Urwald erst durch den Nutzholzeinschlag produktiv wird“, lautet Stolls fachmännische Einschätzung. Der Fall Stoll/BMZ hat zu einem handfesten Streit zwischen der Parlamentarischen Staatssekretärin im BMZ, der grünen Uschi Eid, und Karl Amman geführt. Der Schweizer Tierfotograf (siehe Titelbild), der auch für *Rettet den Regenwald* arbeitet, dokumentiert mit schockierenden Bildern seit vielen Jahren die Zerstörung der Regenwälder in Zentralafrika durch den kommerziellen Tropenholzhandel. Es sei ein „Skandal, dass das BMZ ausgerechnet Herrn Stoll ein grünes Mäntelchen umhängt und dafür auch noch Steuergelder einsetzt“, so Amman.

Stoll, Chef der *Feldmeyer*-Gruppe mit Sitz bei Bremen, lässt auf riesigen Konzessionen Bäume in der Republik Kongo (Brazzaville) fällen. Die CIB, Tochterfirma der *Feldmeyer*-Gruppe, schlägt dort jährlich 250.000 Kubikmeter wertvoller Tropenhölzer wie Sipo- und Sapelli-Mahagoni ein. Nicht zum Wohle der Regenwälder und der dort lebenden Waldvölker. Forstexperten, die die Einschlagsgebiete untersucht haben, kamen wiederholt zu dem Ergebnis, von einer nachhaltigen Regenwaldnutzung könne keine Rede sein. Auch eine vom BMZ zunächst geheimgehaltene Studie über die CIB-Konzession im Kongo brachte niederschmetternde Ergebnisse. „Ein Großteil der Tierwelt wird stark von einer unkontrollierten Jagd beeinträchtigt“, heißt es dort. Opfer seien auch Schimpansen und Flachland-Gorillas. Kommerzielle Jäger trafen gar mit LKW-Fahrern von CIB Absprachen, „um ihr Buschfleisch auf CIB-Lastwagen zu transportieren.“

Zuletzt hatte auch die Weltbank in einer Expertise gravierende Mängel in der CIB-Konzession festgestellt. Trotzdem soll das Unternehmen Schützenhilfe durch das BMZ erhalten. Das BMZ macht für die Erstellung eines Forst-Managementplanes durch CIB 690.000 Euro locker und hat inzwischen bestätigt, man habe schon im Jahre 2000 mit dem Projekt begonnen, um „eine nachhaltige, umweltschonende und sozialverträgliche Nutzung des Tropenwaldes im Kongobecken sicherzustellen“.

Im Klartext bedeutet der BMZ-Zuschuss: die deutschen Steuerzahler tragen rund 40 Prozent der Kosten für eine Aufgabe, zu der nach kongolesischem Forstrecht eigentlich die Holzfirma verpflichtet ist. „Während die Delegierten auf der Biodiversitäts-Konferenz in Den Haag um den Schutz der letzten Urwälder ringen, subventioniert die deutsche Entwicklungshilfe den Raubbau im afrikanischen Regenwald“, beklagt László Maráz von der Münchner Organisation *Pro Regenwald*. Besonders strittig ist dabei, dass ausgerechnet die grüne Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, Uschi Eid, ein solches Projekt genehmigt



Der undurchdringliche Regenwald war für die Tiere der Schutz vor kommerzieller Wilderei. Auf den Straßen der Holzfäller rücken die Jäger in den Wald. Vom Menschenaffen bis zur Waldantilope wird alles gejagt, was verkauft werden kann





Wer mit der radikalen Abholzung von Tropenholz 50 Millionen Dollar Umsatz macht, sollte auch ohne Steuergelder eine Waldinventur durchführen, sagt Karl Amman

hat. Schon seit 1997 hält das BMZ ein Gutachten der Weltnaturschutzorganisation IUCN in der Hand, das den Holzeinschlag durch CIB als nicht nachhaltig bezeichnet. CIB schlägt vor allem die afrikanischen Mahagoniarten Sipo und Sapelli ein, über deren Verjüngung kaum etwas bekannt ist. Beiden Arten droht inzwischen die Ausrottung.

Der Streit zwischen Karl Amman und Uschi Eid geht unter anderem darum, ob Stoll gewillt und in der Lage ist, die Kriterien des *Forest Stewardship Council* (FSC) einzuhalten. Die FSC-Vorgaben fordern ökologische und soziale Mindeststandards, die zwar nicht unumstritten sind, von vielen Umweltorganisationen aber als Schritt hin zu nachhaltiger Forstwirtschaft unterstützt werden.

„Die Erfüllung der FSC-Kriterien ist unabdingbare Voraussetzung für einen Zuschuss zum Management-Plan“, schrieb Eid an Amman. „Stoll/CIB hat gar nicht vor, die FSC-Kriterien zu erfüllen“, kontert der Schweizer und zitiert aus vertraulichen Briefen, die Stoll verfasst hat: „Die FSC-Kriterien und Indikatoren

für eine Zertifizierung können ohnehin von niemandem erfüllt werden“, heißt es darin.

„Stoll hat offiziell die FSC-Zertifizierungskriterien als in Afrika nicht praktikabel abgelehnt“, teilte Amman dem BMZ weiter mit. Er schlägt stattdessen ein auf Afrika zugeschnittenes System vor, das natürlich den Interessen der Holzindustrie diene und dessen Umsetzung Jahrzehnte dauern würde. „Diese Politik von Seiten CIB/Stoll sollte dem BMZ bereits 2000 bekannt gewesen sein“ – als Frau Eid den Zuschuss für CIB genehmigte.

Amman hat noch weitere schlagkräftige Argumente gegen eine Subventionierung eines Holzkonzerns in der Hand. „Fast alle Experten sind sich einig, dass eine nachhaltige Holzernte in uralten, primären Regenwäldern nicht möglich ist. Das trifft bereits auf die Flora zu, bei der Fauna ist die Sache noch viel problematischer.“

David Shear vom amerikanischen *Jane Goodall Institut* hat in einer 40-seitigen Studie zur bushmeat-Problematik – der Jagd auf Wildtiere – festgestellt: Die Hälfte ihres Einkommens

bestreiten die CIB-Angestellten über das bushmeat-Geschäft. „Der Konzern macht keine Anstalten, die Gehälter zu erhöhen, um seine Leute von der Jagd abzuhalten“, so Karl Amman. „Es gibt in der Konzession kein Jagdverbot. Unsere Recherchen haben gezeigt: Die CIB-Belegschaft wird von dem Konzern nicht mit Nahrungsmitteln versorgt, wie das BMZ annimmt.“ Amman besitzt die Kopie eines Vertrags, in dem CIB der lokalen Bevölkerung das traditionelle Recht auf Jagd nach bushmeat garantiert. 15.000 „locals“ leben heute in dem Gebiet – als CIB 1968 begann, waren es 150.

Schließlich verweist Karl Amman auch auf die finanzielle Schieflage. Laut einem Weltbank-Bericht mache CIB jährlich 50 Millionen US-Dollar Umsatz, die zu zahlenden Abgaben seien gering. „Ein solches Unternehmen sollte profitabel genug sein, um seine eigene Waldinventur selber zahlen zu können. Wenn nicht, dann sollte es nicht eine endliche Ressource ausbeuten, in einem Entwicklungsland, das laut Weltbank, keine funktionierende Regierung besitzt.“

Feldmeyer-Gruppe

„Einschlagen, kassieren und abhauen“

Der Primus der deutschen Tropenholzhändler spart selten mit Eigenlob. Bei CIB handele es sich „um einen Musterbetrieb, der versucht, die Prinzipien einer geordneten Forstwirtschaft im Bereich der tropischen Regenwälder einzuführen“, verkündete Hinrich Stoll schon vor Jahren. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit klappt eine breite Schneise. „Die momentane Ernte ist nicht nachhaltig“, schrieben bereits 1997 Gutachter über CIB. Das Unternehmen habe „keine ausreichende Kenntnis über die Waldstruktur“ und wenig getan, „ein nachhaltiges Forstmanagement zu entwickeln.“ Es komme zu einer „Artenverschiebung als Folge des Einschlags.“ Zudem brächen „traditionelle Nutzungsrechte und Bewirtschaftungsformen in der CIB-Konzession rapide zusammen, besonders die der Pygmäen.“ Die vernichtende Kritik stammt aus einem Gutachten der Weltnaturschutzorganisation IUCN, das 1997 im Auftrag des BMZ erstellt worden war. Für Kritiker der Tropenholzkonzerne kommen die Ergebnisse nicht überraschend. Schon 1990 schrieb der deutsche Forst- und Afrikaexperte Karl-Hermann Schmincke vertraulich an das BMZ: „Der letzte große Run zum grünen Gold hat begonnen, um die noch vorhandenen Marktmöglichkeiten rücksichtslos zu nutzen. Hierbei spielen deutsche Handelsunternehmen eine führende Rolle.“

Über Stolls Firma schrieb der Fachmann damals, diese unterstütze „das libanesische Unternehmen SEFCA, das sich besonders in der Waldvernichtung in der Zentralafrikanischen Republik hervortut.“ Die Stoll-Einkäufe in Kamerun würden „überwiegend mit libanesischen Unternehmen abgewickelt, die alle mehr oder weniger nach dem Prinzip *cut, cash & run* vorgehen.“ Einschlagen, kassieren und abhauen.

Ende letzten Jahres wurde Stoll erneut erwischt. Nach Recherchen von *Greenpeace* kauft sein Unternehmen *Feldmeyer* – neben den deutschen Firmen *Danzer*, *Offermann* und *HBT Holzhandel* – Ware von dubiosen Firmen in Liberia. „Diese Unternehmen beziehen nachweislich Holz von liberianischen Holzfirmen, die rücksichtslos die letzten Urwälder Westafrikas plündern, das Holz exportieren und nach Angaben der *Vereinten Nationen* mit dem Gewinn Waffenhandel betreiben. Die Verwicklung der deutschen Unternehmen in den Handel mit liberianischem Holz haben *Greenpeace* und andere Umweltorganisationen mit Fotos dokumentiert“, schreiben die Regenbogenkämpfer. Und weiter: „Als wichtigste Waldvernichter und Waffenschieber in Liberia gelten *Oriental Timber Corporation* und *Royal Timber Corporation*. Sie wiederum liefern Holz an die deutschen Firmen.“ Darunter auch an Stolls *Feldmeyer*-Gruppe.



Karl Amman im Gespräch mit einem lokalen Umweltschützer

Republik Congo-Brazzaville

Friede den Menschen - Krieg den Wäldern

Das Kongobecken in Zentralafrika beherbergt nach dem Amazonas das zweitgrößte Regenwaldgebiet der Erde. Es zeichnet sich durch eine besonders hohe Biodiversität aus und ist gleichzeitig Heimat vieler Waldvölker.

Die Republik Congo-Brazzaville besitzt noch schätzungsweise 21,5 Millionen Hektar Regenwald. Nachdem die schlimmsten Wirren eines jahrelangen Bürgerkrieges überstanden sind, die zu einem starken Rückgang der Abholzung geführt haben, stabilisiert sich die Lage derzeit wieder.

Tragischerweise beginnt mit dem Frieden für die Menschen ein verstärkter Krieg gegen die Natur. Seit die Waffen schweigen, werden wieder die Kettensägen angeworfen. Internationale Holzkonzerne beuten die Wälder rücksichtslos aus und operieren dabei weitgehend unkontrolliert, weil eine funktionierende staatliche Kontrolle fehlt. Insbesondere hat der Run auf die verbliebenen Primärwälder im Norden begonnen.

Leidtragende sind vor allem die Pygmäen, deren Überleben von intakten Wäldern abhängt, die sie seit Jahrtausenden behutsam nutzen. Holzkonzerne zerstören direkt den Lebensraum der Pygmäen und sind gleichzeitig für eine indirekte Bedrohung mit verantwortlich: Über die Holzfällerstraßen gelangen kommerzielle Jäger in vorher weitgehend unberührte Wälder und dezimieren den Wildbestand.

Die Regierung der Republik Congo-Brazzaville ist dabei, über eine Öffnung des Landes für ausländische Konzerne die Ausbeutung der Wälder zu erleichtern, um die staatlichen Einnahme aus dem Forstsektor zu erhöhen. Unterstützung kommt vom Internationalen Währungsfonds, bei dem Deutschland hinter den USA und Japan die dritt wichtigste Stimme besitzt. Als Folge der Marktöffnung sind internationale Holzkonzerne bereits wieder im großen Stil dabei, die Wälder in Sangha und Likouala im Norden zu plündern. Mit 1,15 Millionen Hektar Konzessionen besitzt die *Congolaise Industrielle des Bois* (CIB) die größten Einschlagsgebiete. Das Unternehmen gehört zur deutschen *Feldmeyer*-Gruppe von Hinrich Stoll.



Die Baka-Pygmäen verlieren durch die Fehlentscheidungen der Europäischen Union ihre Lebensgrundlage

EU asphaltiert Zentralafrika

Brüssel plant neue Straßen durch die Regenwälder und geizt mit Geldern für den Umweltschutz

Die breite Straße nach Lomié in Kamerun ist in gutem Zustand und ganzjährig befahrbar. 1996 wurde sie mit 1,2 Millionen Mark Steuergeldern von der EU ausgebaut. Ziel des Projekts war offiziell, die Entwicklung des Kaffee- und Kakaoanbaus zu fördern. Doch die Straße führt nahe an dem Dja-Reservat vorbei, ein 5.200 Quadratkilometer großes Schutzgebiet, das von der UNO als Welterbe der Menschheit ausgezeichnet ist. Es wird als ein besonders bedeutendes Schutzgebiet in Afrika angesehen mit großen Herden von Elefanten und vielen Gruppen von Gorillas und Schimpansen. Die Afrikanische Entwicklungsbank war deswegen der Ansicht, dass die Straße zu verstärktem Holzeinschlag, drastischer Abnahme der Wildtiere

und großen Veränderungen für die Baka-Pygmäen führen würde. Die Weltbank sprach von einer „Holzfällerstraße“. Trotz allem finanzierte die Europäische Union den Ausbau der Straße sogar ohne eine einzige Umweltstudie anzufertigen. Die *Rainforest Foundation* stellte zudem fest, dass niemand die einheimische Bevölkerung ausreichend konsultiert hat. Die EU ignorierte sogar die Auswirkungen der Asphaltpiste auf ein anderes Vorhaben der Europäischen Union, das ECOFAC-Projekt, das das Dja-Reservat schützen soll. Seit dem Ausbau der Straße sind neun neue Abholzkonzessionen vergeben worden, und die Wilderei im Reservat hat dramatisch zugenommen. Ein Lehrbeispiel für völlig verfehlte „Entwicklungs“politik, aber keines-

wegs ein Einzelfall. Eine 18-monatige Studie der englischen *Rainforest Foundation* untersuchte Hunderte Entwicklungsprojekte der EU und veröffentlichte 1998 den Bericht „Out of Commission“, in dem eine ganze Reihe katastrophaler EU-Projekte dokumentiert werden. Gelernt hat die EU aus alledem offenbar nicht.

Derzeit plant die Europäische Kommission erneut, jede Menge Geld für Straßen in Afrika zur Verfügung zu stellen, während die Etats für Umweltprogramme dürftig ausfallen sollen. „Es ist ein absoluter Skandal“, berichtet ein Insider, „dass in sämtlichen Entwicklungsprogrammen für afrikanische Länder große Summen für den Straßenbau vorgesehen sind, während die Umwelt auf der Strecke bleibt.“ Es geht um



Für die Waldelefanten bedeutet Holzhandel und Straßenbau höchste Gefahr

die so genannten PIN's (Programme Indicatif National) für den Zeitraum 2002 bis 2007 für Zentralafrika. Der Etatentwurf für das Programm sieht vor, 35 bis 40 Prozent für den Straßenbau auszugeben, aber nur 20 bis 25 Prozent für den Waldschutz und andere Umweltprojekte – die Hälfte von dem, was Experten für absolut notwendig halten, um wenigstens die dringendsten Umwelt- und Waldschutzmaßnahmen durchführen zu können.

Der Entwurf gefährde ernsthaft bisherige und geplante Initiativen der EU zum Wald- und Umweltschutz in Zentralafrika, warnten am 29. April 2002 die britische *Rainforest Foundation* und *Rettet den Regenwald* in einem gemeinsamen Brief an die deutsche Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul. Die Ministerin wird in dem Schreiben dringend aufgefordert, „die Entscheidung über das geplante 'Programme Indicatif Regional' zu verschieben, bis eine sorgfältige und unabhängige Umwelt- und Sozialstudie zu den Auswirkungen des Programms erstellt worden ist.“ Auch sechs Wochen nach Eingang des

Briefes hat Heidemarie Wieczorek-Zeul noch nicht geantwortet.

Dabei kennt die Ministerin die erfolgreichen Kampagnen von *Rettet den Regenwald* gegen die Umwelt zerstörende Straßenprojekte. 1999 wollte die EU in Kamerun mit 50 Millionen Euro die Straßen für die Holztransporter reparieren – ein Geschenk an den Holzhandel und eine Bedrohung für die Pygmäen, den Wald und die gesamte Tierwelt. *Rettet den Regenwald* filmte die Wilderei entlang der Holzstraßen und konnte binnen kurzer Zeit 30.000 Unterschriften gegen das Projekt an Ministerin Wieczorek-Zeul übergeben. Durch die deutschen Proteste wurde zum ersten Mal in der Geschichte der EU ein solch destruktives „Entwicklungs“projekt aufgehalten. Im Juli 1999 wies der zuständige Ausschuss das Projekt zurück. Drei Monate konnten die deutschen Proteste den Beschluss blockieren, dann wurde das Geld doch genehmigt, allerdings unter der Auflage, dass Kamerun etwas für den Waldschutz und gegen die Wilderei unternimmt. Bis heute wurden von dem 50-Millionen-EU-Kredit erst sechs Millionen ausgezahlt.

Letzte Meldung



Joseph Mellohs, Vater von drei Kindern, sitzt seit Ende Mai in einem Gefängnis in Pokola, dem Sitz des CIB-Konzerns, der zur deutschen *Feldmeyer*-Gruppe gehört. Der aus Kamerun stammende Mann war in das Gebiet gereist, um zum Thema Wilderei und den sozialen Verhältnissen der CIB-Beschäftigten zu recherchieren. „Er war dabei, einen Fragenkatalog abzuarbeiten“, berichtet Karl Amman, für den Joseph Mellohs in der Vergangenheit mehrfach, zum Teil undercover, gearbeitet hat.

Joseph Mellohs hat eine bewegte Biografie. Jahrelang hat er Benzin geschmuggelt und war gleichzeitig Wilderer. In dieser Zeit hat er nach eigenen Angaben hunderte Gorillas und Schimpansen getötet, war dafür aber niemals belangt worden, obwohl die Menschenaffen unter striktem internationalen Schutz stehen. Inzwischen ist aus dem einstigen Schmuggler und Jäger ein engagierter Natur- und Tierschützer geworden, der die Zerstörung der Regenwälder Zentralafrikas und das Abschichten der Wildtiere auf zahlreichen Videos dokumentiert hat. Noch vor seiner Verhaftung berichtete Joseph Mellohs, in der CIB-Holzkonzession werde immer noch Munition für die Elefantenjagd produziert.

„Jetzt, wo Joseph zum Umweltaktivisten geworden ist und versucht, Gesetzesbrüche in den Einschlagsgebieten zu belegen, landet er selbst im Gefängnis“, kritisiert Karl Amman. Der Schweizer hat mittlerweile das EU-Parlament und zahlreiche Medien weltweit alarmiert. „Wenn Joseph nicht in Kürze freikommt, werde ich in die Konzession reisen, um die Hintergründe seiner Verhaftung zu erfahren und eine Lösung für seine Freilassung zu finden.“

Reisebericht aus Ecuador klagt WestLB an

SPD-Mann will trotzdem keine öffentlichen Schlüsse ziehen

Der SPD-Landtagsabgeordnete Bernhard von Grünberg hat seine Zustimmung zu einem kritischen Bericht über die geplante *WestLB*-Pipeline zurück gezogen, an dem er selbst mit gearbeitet hat. Aus SPD-Kreisen hieß es, die Fraktionsspitze habe von Grünberg zurück gepfiffen, was er selbst bestreitet.

Gemeinsam mit Ute Koczy (Grüne) hatte SPD-Mann von Grünberg vom 31. März bis 9. April 2002 Ecuador besucht und sich intensiv über die Folgen der *WestLB*-Pipeline (die so genannte OCP) vor Ort informiert. Insgesamt legten die beiden 1.300 Autokilometer entlang der geplanten Pipeline-Trasse zurück und sprachen mit mehreren hundert betroffenen Menschen.

Ein wichtiges Ziel der Reise war es herauszufinden, ob bei dem Projekt die Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank eingehalten werden. Die *WestLB* hatte dies stets öffentlich behauptet.

Herausgekommen ist ein Reiseprotokoll, das sich wie eine einzige Anklage gegen die *WestLB* und ihren Partner, das OCP-Konsortium, liest. Trotzdem ließ von Grünberg die Vorsitzende des NRW-Ausschusses „Eine Welt“, Ute Koczy, wissen, Teile des Berichts würden von ihm nicht mehr autorisiert. Gemeint waren Passagen, die von der *WestLB* fordern, klare und sofortige Konsequenzen aus den Reiseerfahrungen vor Ort zu ziehen.

Bernhard von Grünberg erklärte seinen Rückzug gegenüber *Rettet den Regenwald* damit, er wolle in der Öffentlichkeit keine Schlussfolgerungen aus seiner Reise ziehen. Dies sei mit seiner Fraktion so abgesprochen worden. „Als Laie lege ich mich nicht zu den Weltbankstandards fest“, sagte von Grünberg.

Dabei enthält der von ihm mit getragene Teil, das Reiseprotokoll, aus-

reichend Belege dafür, dass die Weltbankstandards bei dem Projekt nicht eingehalten werden. Wir dokumentieren Auszüge aus dem Reiseprotokoll:

„Im Rahmen der Planungsphase von OCP sei es zu Rechtsverletzungen nach nationalem und internationalem Recht sowie zu Korruption gekommen“, so die Umweltgruppe *Accion Ecologica* (AE). „In 120 Interviews, die mit Betroffenen entlang der Pipeline gemacht wurden, haben 25 Prozent ausgesagt, dass es auf ihren Grundstücken seit Beginn des Baus Erdbeben gegeben habe, dass auf Privatgelände gebaut wurde und Brunnen verschmutzt oder versiegt seien.

Die Indigenaproblematik stelle sich besonders im Amazonasgebiet, dem „indirekten Einflussbereich“ der Pipeline. Dort würden die Verfassungsartikel 82-84 zum Schutz ethnischer Minderheiten nicht beachtet.“

Die Umweltgruppe *Cedenma* sagte den beiden Deutschen: „Die Pipeline wäre in anderen Staaten nicht genehmigungsfähig gewesen. Die Trasse sei schon ausgewiesen gewesen, bevor mit den Betroffenen gesprochen worden sei.

Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) sei erst nach Vertragsabschluss vorgelegt worden, was nicht den Weltbankstandards entspreche. Die Vorab-Konsultationen seien nicht gemäß der Weltbank-Standards durchgeführt worden.“

Ein Vertreter aus der Ölprovinz Lago Agrio berichtete bei einer Anhörung im Nationalkongress: „OCP habe Zwietracht in der Kommune gesät, es sei zur Vertreibung von Grundstücken gekommen. Militär sei als Drohkulisse zur Durchsetzung des Pipeline eingesetzt worden. Seine Forderung an Deutschland: Kein Geld für OCP.“

Über das Trinkwasserreservoir Papalacta heißt es im Reiseprotokoll: „Die Trinkwasseranlage liegt auf zirka 3.000 Meter Höhe. Von hier aus werden 800.000 Einwohner von Quito unmittelbar versorgt. Die Pipeline verläuft direkt durch das Einzugsgebiet für Trinkwasser und wird in einem Abstand von zirka 50 Metern oberhalb der offenen Trinkwasserbecken des Reservoirs entlang verlegt (Zum Vergleich: Läge nach deutschem Recht also mitten in der Trinkwasserschutzzone I).“

Der katholische Bischof Lopez aus Lago Agrio berichtet: „Es gebe keine Studie über die Umweltauswirkungen der Ölförderung in dieser Region. Die UVP sei mangelhaft. Der Konsultations-Prozess sei verfassungswidrig gewesen.“

Von dem Präfekten der Provinz Sucumbios, Luis Bermeo, heißt es: „OCP handele nach dem Motto: Spalte und herrsche. Deutschland solle Ecuador auferlegen, dass OCP seine Aufgaben gegenüber den ländlichen Gebieten ernst nimmt. Hier sei eine Politik der Einmischung erwünscht.“

Der komplette Reisebericht kann unter www.regenwald.org/new/newsoftheweek/index.htm (Datum Montag, 28.05.2002) als pdf heruntergeladen werden.

Kontakte:

Bernhard von Grünberg, SPD

Telefon 02 28 - 96 95 273

Fax 02 28 - 96 95 274

Büro Düsseldorf:

Telefon 02 11 - 884 2648

bernhard.vongruenberg@landtag.nrw.de

Ute Koczy, Grüne

Telefon: 02 11 - 884 - 28 66 / 27 72

Fax 02 11 - 884 - 35 05

Tel. Wahlkreis: 0 52 31 - 39 07 66

ute.koczy@landtag.nrw.de

**30 Jahre Ölbusiness in Ecuador: Zerstörte Umwelt,
kranke Menschen und horrende Staatsschulden**



OCP-Konzerne auf Rückzug

WestLB-Pipeline steht vor wachsenden Problemen
Umweltproteste gegen das Projekt verschärfen sich

Ecuadors angeblich hoch profitable neue Ölpipeline, die so genannte OCP, sieht sich nach Informationen der *Energy Intelligence Group* mit zunehmenden Problemen konfrontiert. Das 1,1 Milliarden Dollar schwere Projekt bleibe trotz fortschreitender Bauarbeiten höchst umstritten. „Während die Regierung enthusiastisch davon spricht, die Pipeline biete dem Land nach ihrer Fertigstellung nächstes Jahr weitreichende Möglichkeiten, steht das ambitionierte Projekt vor wachsenden Protesten von Ökologen, die den Fortgang behindern könnten“, schreibt Juan Pablo Toro in einem Beitrag der *Energy Intelligence Group*.

Umweltgruppen kämpften vehement gegen die Bauarbeiten an der Pipeline, die durch das Mindo-Naturschutzreservat führen soll. Vertreter des OCP-Konsortiums forderten daher, den Bau der Pipeline zu beschleunigen und eine Fertigstellung für das erste Quartal 2003 anzustreben – statt Juli 2003, wie ursprünglich geplant.

Unabhängige Experten bestätigen, die Bauarbeiten könnten durch die anhaltenden Proteste verzögert werden und verweisen darauf, dass Umweltschützer vor kurzem die Hälfte der Esperanza Farm gekauft haben, über deren Grundstück die Pipeline verlaufen soll. Ende Mai waren Demonstranten von der Polizei zum zweiten Mal gewaltsam von dem Gelände entfernt worden.

Zu den Umweltprotesten kommen inzwischen weitere Probleme, die die Erlöse aus dem OCP-Projekt betreffen. Der *Internationale Währungsfonds* (IWF) fordert, 80 Prozent der staatlichen Einnahmen müssten in die Rückzahlung der horrenden Auslandsschulden von Ecuador fließen, die 14 Milliarden Dollar betragen. Eine neue Haushaltsplanung von Präsident Noboa verfehlt dieses Ziel

Die betroffenen Menschen werden zu Zaungästen degradiert



– und führte dazu, dass der IWF einen geplanten 240 Millionen-Dollar-Kredit eingefroren hat.

Ein weiteres Problem stellt den möglichen Rückzug von Konzernen aus dem OCP-Konsortium dar. Anfang des Jahres hatte bereits das US-Unternehmen Kerr-McGee seine vier Prozent OCP-Anteile verkauft. Der argentinische Konzern *Perez Companc*, der ursprünglich 500 Millionen Dollar in Ecuador investieren und bis zu 60.000 Barrel Öl täglich fördern wollte, plant angeblich eine drastische Kürzung der Investitionen oder gar einen kompletten Rückzug aus dem Projekt. Grund soll der massive wirtschaftliche Druck sein, dem das Unternehmen derzeit in Argentinien ausgesetzt ist. Der spanische *Repsol*-Konzern mach-

te ebenfalls einen Rückzieher. Die geplante Steigerung der Ölförderung in Ecuador von 60.000 auf 110.000 Barrel am Tag könnte scheitern, hieß es. Das mehr produzierte Öl sollte durch die OCP-Pipeline transportiert werden. Damit nicht genug: Auch die kanadische *EnCana* könnte 250 Millionen Dollar Investitionen zurück halten, weil sie sich derzeit mit der Regierung über Steuerzahlungen streitet.

Nach Angaben des früheren ecuadorianischen Energieministers Jorge Pareja hätte eine Investitionskürzung durch die drei Konzerne enorme Auswirkungen auf die Pipeline: Statt der geplanten 450.000 Barrel täglich würde sie nur noch 200.000 am Tag transportieren. Das Projekt wäre völlig überdimensioniert.

WestLB-Pipeline

Mannesmann liefert Rohre

Ein Gutachten des Rheinisch-Westfälischen TÜV hat es an den Tag gebracht: Der *Mannesmann*-Konzern verdient ebenfalls an der *WestLB*-Pipeline. Er liefert neben Firmen aus Argentinien, Brasilien und Mexiko die Rohre für das Ölprojekt. Auf Seite 8 des für das NRW-Finanzministeriums erstellten Gutachtens vom 16. Mai 2002 heißt es: „Die Rohre für die Rohrfernleitung werden in ... Deutschland (Hersteller: *Mannesmann*) hergestellt.“

Die *Mannesmann Röhren* gehört zu der *Salzgitter AG*, die über die *Norddeutsche Landesbank* und die *Hannoversche Beteiligungsgesellschaft* kontrolliert wird. Letztere gehört dem SPD-regierten Land Niedersachsen.

**Mit Waffengewalt durchgesetzt:
Die neue Pipeline in Ecuador**



„WestLB-Gutachten einseitig und unseriös“

Über 30 Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen kritisieren einen neuen Bericht zur umstrittenen Pipeline in Ecuador

Ein breites Bündnis aus über 30 Umweltschutzorganisationen hat ein von der *WestLB* vorgelegtes Gutachten zu der Pipelinefinanzierung scharf kritisiert. „Die unterzeichnenden Nichtregierungsorganisationen halten den Bericht für einseitig und unseriös“, heißt es in einer ausführlichen Stellungnahme. „Er offenbart grobe Unkenntnis in Sachen Weltbankstandards und strotzt vor Auslassungen und Fehlinformationen.“

Als Reaktion auf die von vielen Seiten vorgetragene Kritik an dem Pipeline-Projekt hat die *WestLB* von der Firma *Stone & Webster Consultants* ein zweites Gutachten anfertigen lassen und jetzt vorgelegt („Gutachten zur Einhaltung der Weltbankstandards beim Bau einer Erdöl-Pipeline in Ecuador“).

Im Auftrag der Nichtregierungsorganisationen haben die Weltbankspezialistin Heffa Schücking (*Urgewald*) und der Regenwald- und Ecuadorexperte Klaus Schenck (*Rettet den Regenwald*) das *Stone & Webster*-Gutachten eingehend geprüft und kommen zu dem Schluss, es sei nicht mehr als eine Gefälligkeit gegenüber dem Projektbetreiber OCP und der *WestLB* als Hauptfinanzier des Projekts. „Es liefert keine Antwort auf die Frage, ob Weltbankstandards eingehalten werden, da *Stone & Webster* die ökologischen und sozialen Sachverhalte nicht geprüft, sondern lediglich die diesbezüglichen Angaben von (dem Pipelinebetreiber) OCP abgeschrieben hat.“ Zudem würden wesentliche Inhalte der Weltbank-Standards verschwiegen oder falsch dargestellt. Das Gutachten enthalte außerdem viele sachliche Fehler und setze sich nicht mit kritischen Hinweisen von unabhängigen Experten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Umweltschutzorganisationen auseinander.

Die Unterzeichner, zu denen unter anderem *Greenpeace*, der *Naturschutzbund Deutschland* und der *WWF Deutschland* gehören, weisen darauf hin, es sei kein Zufall, dass der Hauptsitz der Firma *Stone & Webster Consultants* in Houston, Texas, der Heimat von „big oil“ liege. „Die Ölindustrie ist einer der wichtigsten Kunden dieser Firma. Mit dem vorliegenden Gutachten zur Einhaltung der Weltbank-Standards bearbeitet die Firma jedoch Fragestellungen, die eindeutig nicht in ihrem Kompetenzbereich liegen.“ In der abschließenden Beurteilung heißt es unter anderem:

„Ein Gutachter, der die Einhaltung von Weltbankstandards beurteilen soll, aber auf die Kritik, die von der Weltbank selbst vorgebracht wird, nicht eingeht; der es nicht für nötig befindet, den kritischsten Abschnitt der Pipelinetrasse aufzusuchen und keinerlei Verantwortung für die von ihm gemachten Aussagen übernimmt, disqualifiziert sowohl sich selbst als auch seinen Auftraggeber. Während des letzten Jahres ist deutlich geworden, dass die *WestLB* nicht beabsichtigt, tatsächlich Weltbankstandards auf das OCP-Projekt anzuwenden. Das von ihr vorgelegte Gutachten ist lediglich ein Versuch, ihren Aktionären und der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen.“

Das Verhalten der *WestLB* beschädigt aber auch die Glaubwürdigkeit der nordrhein-westfälische Landesregierung. Der Schutz von Natur und Mensch, die Verantwortung für die „Eine Welt“ sind öffentliche Anliegen, die von der Landesregierung auch in ihrer Rolle als

Hauptaktionär der *WestLB* wahrzunehmen sind. Darin hat sie bisher versagt.

Nichtregierungsorganisationen haben vielfache Belege für schwerwiegende Verletzungen der Weltbankstandards durch OCP vorgebracht und fordern einen Ausstieg aus der Finanzierung dieses Projektes. Wenn die Landesregierung dennoch der Ansicht ist, dass das OCP-Projekt Weltbankstandards entspricht, dann muss sie dies nachweisen und zwar durch einen unabhängigen Gutachter, der mit den Standards der Weltbank vertraut ist und über die notwendige ökologische und soziale Kompetenz verfügt, die für ein professionelles Gutachten unabdingbar ist. Bis diese Frage geklärt ist, müssen die Bauarbeiten angehalten und weitere Kredittranchen auf Eis gelegt werden.“

Der Eine-Welt-Ausschuss im Düsseldorfer Landtag hat sich bereits mehrfach mit der *WestLB*-Pipeline beschäftigt. Eine Forderung des Ausschusses an die Bank, sämtliche Gutachten zu dem Projekt offen zu legen, hat diese bisher nicht erfüllt. Die Stellungnahme der Nichtregierungsorganisationen steht unter www.regenwald.org oder kann bei *Rettet den Regenwald* angefordert werden.



Trotz weltweiter Proteste: Die Trasse frisst sich durch den Regenwald

Keine Steuergelder für die Regenwaldkiller!

Die Grünen knicken vor der SPD ein. Rettet den Regenwald fordert ein klares Nein zur Kapitalerhöhung der WestLB

Das Land Nordrhein-Westfalen will sich in vollem Umfang an einer geplanten Kapitalerhöhung bei der *Westdeutschen Landesbank (WestLB)* beteiligen.

„Wir arbeiten an einer Lösung, die alle fünf Gewährträger in die Lage versetzt, die Eigenkapitalausstattung der Bank zu verbessern“, sagte NRW SPD-Finanzminister Peer Steinbrück in einem Gespräch mit FAZ. Noch in diesem Jahr soll die künftige *WestLB AG*, eine dann privatisierte Tochtergesellschaft der öffentlich-rechtlichen Landesbank NRW, eine verbindliche Zusage für eine Kapital-spritze von 1,25 Milliarden Euro erhalten. Auf das Land, das einen Anteil von 43,7 Prozent an der *WestLB* hält, entfielen rund 540 Millionen Euro. Die übrigen vier Anteilseigner, die beiden Sparkassenverbände und die zwei Landschaftsverbände, müssen den Rest zahlen. Die Ankündigung von Minister Steinbrück hat postwendend zu einer großen Protestwelle geführt.

Während der Finanzminister Steuergelder für eine Bank in Aussicht stellt, die für Regenwaldzerstörung mitverantwortlich ist, hat Steinbrück Ende Mai 2002 für das Land eine Haushaltssperre verhängt, von der auch ökologische Förderprogramme betroffen sind.

Rettet den Regenwald hat deswegen mit einer Kampagne „Keine Steuergelder für die Regenwaldkiller“ reagiert und fordert, auf eine Kapitalerhöhung zu verzichten, bis sich die *WestLB* aus dem katastrophalen Ölprojekt in Ecuador verabschiedet hat.

Die Kampagne richtet sich insbesondere auch an die grüne Landtagsfraktion. Die hatte im Januar 2002 deutliche Worte zur *WestLB*-Pipeline gefunden. Unter dem Titel „*WestLB* darf keine Regenwaldzerstörung finanzieren“, heißt es unter anderem: „Die Umweltbilanz des Gesamtprojektes der 500 Kilometer langen Erdölleitung durch Ecuador ist verheerend.... Es ist nicht hinzu-

nehmen, dass die *West LB* ein Projekt mitfinanziert, das zur Zerstörung des Regenwaldes führt und den Lebensraum der dort lebenden Menschen bedroht.“ Damals lautete eine Forderung der grünen Fraktion: „Grundlegende Neu-Ausrichtung des Auslandsgeschäftes der *West LB* an ökologischen und sozialen Standards.“

Mitte Juni (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) wollte die grüne Fraktion über die Kapitalerhöhung beraten.

Rettet den Regenwald fragt: „Was gibt es da zu beraten? Wir sind sehr besorgt, dass die Grünen vor den Wünschen der SPD einknicken. Wir fordern sofortige Ablehnung der Kapitalerhöhung!“

Rettet den Regenwald bittet alle Umweltfreunde, sich persönlich an ihre Abgeordneten zu wenden und von ihnen eine klares NEIN zu Kapitalerhöhung zu fordern.



Herzlichen Dank für Ihre Hilfe!
Mit Ihrer Spende helfen Sie wirksam dem Regenwald. Ihre Spende können Sie von der Steuer absetzen. Bis zu 50 Euro genügt dieser Zahlungsbeleg zusammen mit dem Kontoauszug als vereinfachter Spendennachweis. Bei einer höheren Spende erhalten Sie Anfang des nächsten Jahres automatisch von *Rettet den Regenwald e. V.* eine Spendenbescheinigung.

ZUWENDUNGSBESTÄTIGUNG

zur Vorlage beim Finanzamt. *Rettet den Regenwald e. V.* ist durch Bescheinigung des Finanzamtes Hamburg-Mitte-Altstadt, St.-Nr. 17/453/00916, vom 6.2.2002 als gemeinnützig anerkannt und nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes Hamburg-Mitte-Altstadt, Steuernummer 17/453/00916 vom 6.2.2002 für die Jahre 1998 bis 2000.

Wir bestätigen, dass es sich nicht um Mitgliedsbeiträge, sonstige Mitgliedsumlagen oder Aufnahmegebühren handelt und die Zuwendungen nur zur Förderung des Umweltschutzes (im Sinne der Anlage 1 - zu Paragraph 48 Einkommensteuerrichtlinien Abschnitt A Nr. 5) im Ausland verwendet wird.

Riesenerfolg gegen WestLB-Pipeline! Schon 51.123 Euro für unser Sperrgrundstück!

Das 500 Hektar große Gelände kostet fast 130.000 Euro und ist inzwischen rechtlich gesichert. Ohne unser Wegerecht, das wir jetzt besitzen, darf die Pipeline nicht wie geplant über unser Grundstück gebaut werden. Der Kaufvertrag regelt, dass das Grundstück lokalen Umweltgruppen gehört.

Kaufen Sie den Regenwald, solange es ihn noch gibt!

Überweisungsauftrag / Zahlschein

.....
(Name und Sitz des beauftragten Kreditinstituts) (Bankleitzahl)



Herzlichen Dank für Ihre Spende

Rettet den Regenwald e.V.
Friedhofsweg 28 · 22337 Hamburg

Beleg/Quittung für den Auftraggeber

Konto-Nr. des Auftraggebers

Empfänger
Rettet den Regenwald e.V.
Friedhofsweg 28 · 22337 Hamburg
Kto.-Nr bei
600 463, Sparda-Bank Hamburg

Verwendungszweck
Spende

DM

Auftraggeber/Einzahler (genaue Anschrift)

Datum

Quittung des Kreditinstituts bei Barzahlung

SPENDE

Empfänger (max. 27 Stellen)

Rettet den Regenwald e.V.

Konto-Nr. des Empfängers

600 463

Sparda-Bank, Hamburg

Bankleitzahl

206 905 00

Spende Regenwaldkauf

EUR
EURO

Betrag

Name des Sponsors

PLZ und Straße des Sponsors (max. 27 Stellen)

Kontoinhaber/Einzahler, Name, Ort (max. 27 Stellen)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

19

Datum

Unterschrift